



Nr. 29

6. September 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99

Inhalt

Auftakt in Düsseldorf und Leipzig

[Einkommensrunde der Länder: Regionalkonferenzen gestartet](#)

Immer weniger Deutsche in EU-Verwaltungen

[Personalentwicklung für und mit Europa gefordert](#)

dbb jugend

[Mehr Flexibilität und bessere Ausstattung gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Deutliche Kritik an Massenmails von „Letzter Generation“ an Polizei](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Geplante Einsparungen gefährden den Dienstbetrieb bei Zoll](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Bundesjugendtag 2023: Auf in eine erfolgreiche Zukunft!](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Auftakt in Düsseldorf und Leipzig Einkommensrunde der Länder: Regionalkonferenzen gestartet

Im Oktober beginnt die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Die dbb Mitglieder diskutieren jetzt, welche Themen ihnen dabei am wichtigsten sind.

Auf einer Reihe von Regionalkonferenzen wird bis zum Beschluss der offiziellen Forderungen beraten, welche konkreten Ziele der dbb in der Einkommensrunde verfolgen soll und wie diese erreicht werden können. Beim Auftakt am 5. September 2023 in Düsseldorf erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Tarifchef des dbb, Volker Geyer, die Situation: „Der öffentliche Dienst arbeitet praktisch seit Jahren im Krisenmodus. Seit langer Zeit bekannte Probleme wie die schwierige Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung oder die mangelhafte Digitalisierung wurden dadurch nochmal verschärft. In wesentlichen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge, wie etwa bei Bildung, Sicherheit oder Infrastruktur, sind die Defizite mittlerweile unübersehbar – nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger, deren Vertrauen in den Staat darunter massiv leidet. Die meisten dieser Herausforderungen muss die Politik sehr grundsätzlich angehen, sie können nicht am Tarifisch gelöst werden. Aber: Wir können wichtige Weichen stellen, denn gerade die Bezahlung ist selbstverständlich ein entscheidender Faktor für die Personalgewinnung und -bindung. Einkommenserhöhungen werden auch deshalb natürlich wie immer eine zentrale Rolle spielen. Gerade angesichts der langanhaltenden Inflation einerseits und der angespannten Haushaltslage vieler Länder andererseits wird das ein hartes Ringen. Aber die Beschäftigten sind sehr entschlossen und im Fall der Fälle bereit für einen langen Arbeitskampf, das ist bereits jetzt zu spüren.“

Roland Staude, der Chef des dbb Landesbundes in Nordrhein-Westfalen (DBB NRW), unterstrich: „Wir werden vermutlich in dieser Einkommensrunde mehr denn je einen langen Atem brauchen. Denn selbst, wenn wir in den drei vereinbarten Verhandlungsrunden mit der TdL zu einem annehmbaren Ergebnis kommen, müssen auf dieser Grundlage in den Ländern auch noch Besoldung und Versorgung angepasst werden. Das wird nicht leicht. Angesichts von etwa 26.000 Leerstellen in der Verwaltung erwarte ich aber gerade von unserer Landesregierung hier in NRW klare Signale an die Beschäftigten und an die dringend benötigten Nachwuchskräfte. Wenn die Koalition klug

ist, nutzt sie diese Gelegenheit und bringt gleich die von uns schon so lange geforderte umfassende Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst auf den Weg. Angekündigt wurden Initiativen für eine Modernisierung der Verwaltung oft genug – jetzt müssen endlich Taten folgen. Die Kolleginnen und Kollegen halten das Land trotz vieler Widrigkeiten am Laufen und wollen für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Aber Politik muss das auch ermöglichen. Das fordern wir ein – zur Not auch lautstark und auf der Straße.“

Am 6. September appellierte Volker Geyer auf der Regionalkonferenz in Leipzig direkt an die Arbeitgeber: „Wenn wir in gut einem Monat in Berlin unsere Forderung zur Einkommensrunde mit den Ländern beschließen, wird das kein unrealistischer Wunschzettel, aber auch kein bescheidener Bittbrief sein. Der öffentliche Dienst ist der Stabilitätsanker des Landes. Aber die Sparpolitik der letzten Jahre stellt die Leistungsfähigkeit auch des Landesdienstes mittlerweile ernsthaft in Frage. Die Länder stehen also in der Pflicht!“

Angesichts der zu erwartenden Härte der Auseinandersetzung müssten Tarif und Beamtenbereich unbedingt gemeinsam agieren, ergänzte Iris Herfurth, erste stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Sachsen-Anhalt. „Wenn wir in der Einkommensrunde erfolgreich sein wollen, müssen alle an einem Strang ziehen. In diesem Sinne geht von der heutigen Regionalkonferenz in Leipzig ein beeindruckendes Zeichen aus“, so Herfurth.

Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es auch unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Immer weniger Deutsche in EU-Verwaltungen Personalentwicklung für und mit Europa gefordert

Für den Dienst in den Europäischen Institutionen melden sich immer weniger Beschäftigte aus Deutschland. Das Phänomen ist auch hausgemacht, findet der dbb.

„Die Bundesregierung hat keine wirksame Strategie der Personalentwicklung für und mit Europa“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 1. September 2023. „Dabei können alle Seiten davon profitieren: Wenn die Beschäftigten etwa nach einer zeitlich befristeten Entsendung zurückkehren, bringen sie natürlich internationale Erfahrung mit in die hiesige Verwaltung. Und es schadet den Interessen der Bundesrepublik andersherum sicherlich nicht, wenn in der EU-Verwaltung mehr Wissen über deutsches Recht und deutsche Politik vorhanden ist. In anderen Mitgliedsstaaten werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten deshalb frühzeitig für eine europäische Laufbahn vorbereitet, oftmals schon während ihrer Ausbildung. Bei uns befürchten geeignete Kandidatinnen und Kandidaten hingegen oftmals, in Brüssel seien sie hinsichtlich

ihrer späteren Karrieren für ihre Stammbehörden ‚aus den Augen, aus dem Sinn‘.“

Kritik übte Silberbach aber auch an den Auswahlverfahren („Concours“) auf EU-Ebene. „Wer bestanden hat, wartet bis zu anderthalb Jahre auf ein konkretes Angebot. In der Zwischenzeit haben dann viele gute Leute schon eine vielversprechende Stelle in Deutschland gefunden und die Bereitschaft, das Land zu verlassen, sinkt rapide“, so der dbb Chef. Grundsätzlich seien die Herkunftsländer der EU-Bediensteten zwar für deren Pflichterfüllung unerheblich, weil diese allein den Verträgen verpflichtet seien. „Der gegenseitigen Verständigung und auch der Akzeptanz der EU in der deutschen Bevölkerung ist es aber mit Sicherheit zuträglich, wenn die Bundesrepublik dort entsprechend repräsentiert wird.“

dbb jugend

Mehr Flexibilität und bessere Ausstattung gefordert

Der Staat darf den Wandel des Arbeitsmarkts nicht verschlafen, fordert Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend. Denn die Jugend hat andere Anforderungen als ihre Großeltern.

25 oder 30 Jahre Betriebszugehörigkeit – solche runden Jubiläen gehören in Zukunft wohl eher der Vergangenheit an. Den Arbeitsplatz zu wechseln, das ist für die junge Generation normaler als für die ältere. Die Arbeitswelt ist im Wandel.

Was daraus folgt und wie die Politik den öffentlichen Dienst auf die neuen Gegebenheiten einstellen muss, darüber haben Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, und Jugendreferentin Viktoria Matzen mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Jens Teurine gesprochen.

„Aktuell hinkt der Staat als Arbeitgeber hinterher“, sagte Fandrejewski nach dem Treffen am 4. September 2023. „Wenn er junge Menschen für den öffentlichen Dienst gewinnen möchte, muss er seine Hausaufgaben machen und nachliefern. Das haben wir heute im Gespräch mit Jens Teurine deutlich gemacht.“

Wie sich die Attraktivität weiter steigern lässt? Entscheidend ist eine angemessene Bezahlung, unterstreicht der Vorsitzende. Denn laut aktueller Trendstudie „Jugend in Deutschland“ sorgen sich 63 Prozent der jungen Menschen wegen der Inflation. Das müsse der Staat ernst nehmen. Aber auch auf flexible Arbeitszeiten und Homeoffice-Regelungen komme es in der heutigen Zeit an. „Und nicht zuletzt auf eine Ausstattung, die technisch auf Stand ist. Sonst nehmen die Fachkräfte der Zukunft den öffentlichen Dienst nicht ernst.“

Die dbb jugend will den Austausch mit dem FDP-Politiker weiter vertiefen. „Wir haben gute Anknüpfungspunkte gefunden“, resümierte Fandrejewski. „Das Ziel muss sein, den Staat als Arbeitgeber fit zu machen. Denn nur wer ein stimmiges Gesamtpaket liefert, bekommt heutzutage gute Nachwuchskräfte.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Deutliche Kritik an Massenmails von „Letzter Generation“ an Polizei

Die Gruppe „Letzte Generation“ hat offenbar ohne Einwilligung der Beschäftigten eine Massenmail an Polizistinnen und Polizisten verschickt, um für ihre Anliegen zu werben.

Für den DPoIG Chef Rainer Wendt ist klar: „Einen Dialog mit Rechtsbrechern und Menschen, die unsere Rechtsordnung in Frage stellen, kann es nicht geben. Eine Beteiligung von Polizeibeschäftigten in dieser Organisation ist ausgeschlossen. Weder als Aktivist noch als Unterstützer. Wer solche Organisationen unterstützt, muss sich selbst fragen, ob er seinen Platz noch in der Polizei haben kann. Auch die Reichsbürger stellen unsere Rechtsordnung in Frage. Wer das tut, hat im öffentlichen Dienst keinen Platz.“

Die DPoIG hat bereits die zuständigen Stellen informiert und behält sich eigene rechtliche Schritte vor. Die Mails wurden ohne Genehmigung der Empfängerinnen und Empfänger versendet. Es sei anzunehmen, dass die „Letzte Generation“ einen „Polizeiverteiler“ erstellt hat und darin Personendaten gespeichert sind, wozu die betroffenen Personen keine Einwilligung gegeben haben. Überdies geben die verlinkten Internetpräsentationen Anlass einer Überprüfung durch den Verfassungsschutz, die Polizei und die Staatsanwaltschaften.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Geplante Einsparungen gefährden den Dienstbetrieb bei Zoll

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 sieht im Einzelplan des Bundesfinanzministeriums (BMF) massive Kürzungen für verschiedene Sachtitel bei der Zollverwaltung vor, beispielsweise bei Dienst-Kfz. Der BDZ warnt vor den Folgen.

Neben den Einsparungen bei Sachmitteln bleibe auch die groß angekündigte Digitalisierungsoffensive aus, da das BMF den IT-Haushalt der Bundesfinanzverwaltung entgegen pressewirksamer Verlautbarungen tatsächlich kürzen möchte.

weiterhin vorgesehene Ausbringung der 1.157 Stellen (als zugesagte Haushaltsvermerke) beim Zoll für die Übernahme zusätzlich ausgebildeter Anwärterinnen und Anwärter sowie für weiteres Personal, beispielsweise zur Geldwäschebekämpfung.

Mit Blick auf den Personalhaushalt begrüßt der BDZ die von der Gewerkschaft erkämpfte und

Eine detaillierte Kritik an den einzelnen Einsparungen gibt es auf www.bdz.eu.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **Bundesjugendtag 2023: Auf in eine erfolgreiche Zukunft!**

Mit dem Blick nach vorne und der Verantwortung bewusst, legte der Bundesjugendtag der GDL den Grundstein für die kommenden fünf Jahre.

Vom 28. bis 29. August 2023 hat die GDL-Jugend ihren 18. Bundesjugendtag erfolgreich in Fulda veranstaltet. Das höchste Gremium der GDL-Jugend bestätigte – jeweils mit großer Mehrheit – Steve Troppa als Bundesjugendleiter und Patrick Weber als ersten Stellvertreter in ihren Ämtern. Neu als weiteren Stellvertreter wählten die Delegierten den derzeitigen Bezirksjugendleiter NRW, Raymond Geisler – ebenfalls mit einem sehr guten Ergebnis.

Von den über 50 Anträgen auf der Tagesordnung wurden viele zukunftsweisende beschlossen. Einige davon finden sich bereits in den Forderungen der Tarifrunde 2023 wieder. Das zeigt: Die GDL-Jugend ist am Puls der Zeit und hat ein Gespür für die Befindlichkeiten der jungen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der

jeweiligen Eisenbahnverkehrs- und Infrastrukturunternehmen.

Dabei untermauerte die GDL-Jugend ihre Forderung nach bundeseinheitlichen Tarifregelungen für die Nachwuchskräfte, forderte weiterhin feste Ausbildungsquoten in Verkehrsverträgen sowie die Wiederaufnahme der Ausbildung Kauffrau/-mann für Verkehrsservice. Der Dauerbrenner, die Fahrentschädigung für Auszubildende insbesondere beim „roten Riesen“ DB AG, durfte dabei natürlich auch nicht fehlen.

Weiterhin beschloss die GDL-Jugend weitreichende Satzungsänderungen, zum Beispiel die Aufnahme der JAV-Listenfürer in die jeweiligen Gremien. Auf diese Weise ist die GDL-Jugend noch enger mit ihren Interessenvertretern verbunden.

Namen und Nachrichten

Der Vorsitzende des **Bayerischen Beamtensyndikats (BBB)** Rainer Nachtigall sieht dringenden Handlungsbedarf beim Bürokratieabbau. Die Entbürokratisierung müsse mit der fortschreitenden Digitalisierung Hand in Hand gehen. Das stellte er im Gespräch mit MdL Walter Nussel, dem Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau, am 31. August 2023 heraus. Mit einem eigenen „Fitnesscheck für Bayerns Behörden“ rückt Nussel Bürokratie und Überregulierung in Bayern zu Leibe und setzt sich damit für einen zukunftsfähigen Verwaltungsvollzug in Bayern ein. In allen Bereichen gebe es dabei eine Vielzahl von Ansatzpunkten.

Der **dbb saar** stellt einen Musterantrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation für das Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung. Im Hinblick auf die Besoldungsentwicklung im Saarland seit 2011, der aktuellen Entwicklung der Rechtsprechung und einer möglichen Rechtswahrung stellt der dbb saar den Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie den Versorgungsempfängern - wie bereits in den Haushaltsjahren 2018 bis 2022 -

auch im Haushaltsjahr 2023 einen entsprechenden Musterantrag zur Verfügung. Weitere Informationen gibt es unter www.dbb-saar.de.

Am 2. September 2023 fand erneut das „Kontaktfeuer“, das von der Berliner Feuerwehr und der Arbeitsgemeinschaft Betrieblicher Brandschutz e. V. auf dem Gelände hinter der Feuerwache Wannsee organisiert wurde, statt. Der **dbb berlin** war auch in diesem Jahr wieder mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesleitung und aus den Fachgewerkschaften vor Ort. Innensenatorin Iris Spranger und Feuerwehrchef Karsten Homrighausen würdigten in ihren Begrüßungsgrußworten die herausragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bei der Berliner Feuerwehr. dbb Landeschef Frank Becker sagt: „Der dbb berlin will mit dem Besuch seiner ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen und -funktionsträgern ausdrücklich die Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Berliner Feuerwehr zum Ausdruck bringen, für die Menschen, die sich tagtäglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Tag und Nacht engagieren. Dies oft auch unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Der dbb berlin sagt: Danke!“

Termine:

Ab 5. September 2023

Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde.

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.

11. Oktober 2023

Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde der Länder

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter dbb-senioren.de.

19. Oktober 2023

Ideencampus 2023 der dbb jugend

Weitere Informationen unter dbb-jugend.de
